

Interpellation Nr. 13 (Februar 2021)

21.5060.01

betreffend die Grundversorgung von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Erkrankungen

Die Schnupperlehre, findet nicht statt. Die Schulreise? Abgesagt. Ferien ohne Eltern? Verschoben. Ausgang mit Freund*innen? Gestrichen. Skilager? Abgesagt. Fussballclub und Jugendtreffs? Geschlossen. Dampfablassen beim Turnen? Fehlanzeige.

Einsamkeit, weniger Bewegung, Stress. Das Coronavirus bedroht seit bald einem Jahr auch die psychische Gesundheit der Schweizerinnen und Schweizer. Besonders betroffen sind dabei auch die Kinder und Jugendlichen.

Eine am 17.12.2020 publizierte Umfrage der Universität Basel bei mehr als 11 000 Schweizerinnen und Schweizern kam im Dezember zu einem alarmierenden Resultat: Bei den 14- bis 24-Jährigen gab fast ein Drittel der Befragten an, schwere depressive Symptome aufzuweisen.

(<https://www.unibas.ch/de/Aktuell/News/Uni-Research/Corona-Stress-Studv-Resultate-der-zweiten-Befragung.html>). Schweizweit berichten zudem mehrere Kinderpsychiatrische Stationen über eine Häufung von Notfällen, überlastete Stationen und lange Wartezeiten für ambulante Angebote.

Gleichzeitig ist leider nun zu vernehmen, dass die kantonalen Therapieangebote für Kinder und Jugendliche ausgelastet seien und Eltern teilweise verzweifelt nach Therapieplätzen für ihre Kinder suchen würden.

Es stellen sich deshalb folgende dringenden Fragen:

1. Ist im Kanton Basel-Stadt gegenwärtig die medizinische Grundversorgung von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Erkrankungen noch gewährleistet?
2. Wie lange muss ein Kind oder eine Jugendliche, ein Jugendlicher (bzw. deren Eltern) im Schnitt warten, bis sie einen Termin in einer Sprechstunde in einem der städtischen Therapieangebote erhalten (ausgenommen Notfälle)?
3. Welche Massnahmen plant die Regierung, um die Grundversorgung psychisch erkrankter junger Menschen während der andauernden Pandemie zu gewährleisten?
4. Besteht die Möglichkeit, kurzfristig die bestehenden Angebote des Kantons und den Zugang zu Hilfsangeboten auszubauen, eventuell auch durch die Schaffung einer digitalen Angebotsplattform und unter Beizug von privaten Organisationen?
5. Kann sich die Regierung im Lichte der fortdauernden Pandemie vorstellen, an den Schulen niederschwellige präventive Hilfsangebote für Jugendliche mit psychischen Problemen anzubieten?

Apropos Dankeschön:

6. Gibt es Ansätze, den jungen Menschen im Kanton für ihre Solidarität in dieser Krise zu danken?

Christian von Wartburg